

Protokoll  
des Symposiums "Lebenswerte Städte"  
am Mittwoch, den 23. Januar 2013  
in der Gerda Henkel Stiftung in Düsseldorf

---

Teilnehmer

Tilman **Buchholz**

Regierungsdirektor im Referat Stadtentwicklungspolitik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Dr. Martin **Düchs**

Blockrandbebauung - Architektur + Philosophie; Berater des Ausschusses für Berufsordnung der Bayerischen Architektenkammer

Dinah **Epperlein**

Stadt Göttingen, Leiterin des Fachdienstes Klimaschutz und Energie im Baudezernat, Göttingen

Bernhard **Faller**

Gründer von Quaestio Forschung und Beratung, Bonn

Henrike **Gänß**

hoch5, Büro für Konzeption und Gestaltung, Wald

Prof. Dr. Herbert **Girardet**

Mitbegründer und Mitglied des Ehrenrates des World Future Council und Seniorberater für die Saudi Sustainability Initiative in Riyadh, Wales

Prof. Dr. Ekhart **Hahn**

Honorarprofessor für ökologische Stadt- und Raumplanung an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund

Prof. Martin **Hoelscher**

Lehrstuhl für Städtebau, Stadt- und Regionalplanung, Detmolder Schule für Architektur und Innenarchitektur, Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Detmold

Prof. Dr. Martin **Junkernheinrich**

Fachbereich Raum- und Umweltplanung, Lehrstuhl Stadt-, Regional- und Umweltökonomie an der TU Kaiserslautern

Thomas **Lörner**

Dipl.-Geograph, Doktorand an der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung, Städtebau und Mitglied des Universitätsrates der Universität Bamberg

Prof. Dr. Dittmar **Machule**

Vorstandsmitglied Stiftung "Lebendige Stadt", Hamburg

Ulrich **Pfeiffer**

Vorsitzender des Aufsichtsrates der empirica ag - Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung, Berlin

Prof. Dr. Christa **Reicher**

Fachgebiet Städtebau, Fakultät Raumplanung, TU Dortmund

Tim **Rieniets**

Dozent für Städtebau, ETH Zürich, Gastprofessor für Städtebau an der  
TU München

Dr. Tobias **Robischon**

Schader-Stiftung, Darmstadt

Prof. Dipl.-Ing. Christiane **Thalgott**

ehemalige Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München und Honorarprofessorin  
an der Fakultät für Architektur an der TU München

Christa **Thoben**

Mitglied im Kuratorium "Aktive Bürgerschaft e.V.", Ministerin für Wirtschaft,  
Mittelstand und Energie in Nordrheinwestfalen a.D., Bochum

Peter **Vermeulen**

Beigeordneter für Umwelt, Planen, Bauen der Stadt Mülheim a.d. Ruhr

Hans-Josef **Vogel**

Bürgermeister der Stadt Arnsberg

Prof. Dr. Claus-Christian **Wiegandt**

Geographisches Institut, Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalforschung der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

#### Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung

Meinhard **Miegel**, Vorstandsvorsitzender

Stefanie **Wahl**, Geschäftsführerin

Karsten **Gödderz**, Wissenschaftler (Protokoll)

#### Gastgeber

Dr. Michael **Hanssler**

Vorstandsvorsitzender der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

Dr. Angela **Kühn**

Vorstandsmitglied der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

## Wichtige Ergebnisse

- Die im Memorandum vertretene Auffassung, wonach viele Städte und Gemeinden nach langer Expansion in eine Phase der demographischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kontraktion eintreten werden, wird von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer geteilt. Einige Teilnehmer meinen, dass sich die Kontraktion auf die Bevölkerungsentwicklung beschränken wird. Die Wirtschaftskraft könnte hingegen bei einer Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen weiter zunehmen.
- Die vom Denkwerk Zukunft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit von Städten und Gemeinden unter Bedingungen stagnierenden bzw. sinkenden materiellen Wohlstands werden im Großen und Ganzen für gut befunden.
- Die Teilnehmer unterstützen die Auffassung des Denkwerks Zukunft, dass die Ästhetik in der Stadtentwicklung eine bedeutendere Rolle spielen sollte. Allerdings ist klärungsbedürftig, welche Bilder von Ästhetik in einer schrumpfenden Kommune vermittelt, auf welche Weise Ästhetik als wissenschaftliche Disziplin in die Stadtentwicklung integriert und wie Bewusstsein und Gefühl für Ästhetik generell geschult werden können.
- Trotz vieler positiver Beispiele liegen gesellschaftliche Potentiale der Bürger vielerorts brach. Zwar dürfte die demographische und finanzielle Schrumpfung dazu beitragen, dass die öffentlichen Verwaltungen Bürger stärker einbinden werden. Doch besteht hinsichtlich der Frage, auf welche Aufgaben sich Staat und Kommunen künftig beschränken sollten, noch erheblicher Diskussionsbedarf.
- Der schleichenden Entpolitisierung der Kommunen u.a. durch deren Befrachtung mit sozialen Folgekosten des Strukturwandels muss Einhalt geboten werden. Insbesondere sollte die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die Kommune von Sozialkosten und allgemeinen Verteilungsaufgaben entlastet werden.
- Die erheblichen Herausforderungen, vor denen Kommunen und ihre Bürger künftig stehen, sollten allen Beteiligten noch klarer vermittelt werden. Hierzu kann das Memorandum des Denkwerks Zukunft als Grundlage dienen. Deshalb sollte es einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

## 1. Einführung von Meinhard Miegel

Zumindest die Völker der früh industrialisierten Länder befinden sich nach einer langen Phase der Expansion in einem Übergang zur Kontraktion. Bisher nahm sowohl die Zahl der Menschen als auch die Menge der von ihnen produzierten Güter ständig zu. Gleiches gilt für ihre Mobilität, die Beanspruchung von Fläche, von Böden, Wasser und Luft, die Ausdehnung des Siedlungsraums für Zwecke des Wohnens, Wirtschaftens oder Vergnügens und vieles andere mehr.

Nunmehr befinden sich diese Völker in einem Paradigmenwechsel. Sie nehmen an Zahl ab, sie altern, die von ihnen erwirtschafteten Gütermengen schrumpfen und auch ihre Mobilität wird sich vermindern.

Das Empfinden, Fühlen und Handeln dieser Völker ist auf diesen Paradigmenwechsel noch nicht eingestellt. Die historische Entwicklung (Evolution) hat sie hierauf bislang nicht vorbereitet. Und es ist fraglich, ob es genügend Zeit für eine gleitende evolutionäre Vorbereitung geben wird. Vielmehr spricht vieles dafür, dass sich dieser Paradigmenwechsel ziemlich abrupt vollziehen wird. Für ihn stehen zwei, allenfalls drei Generationen zur Verfügung.

Was aber heißt das für die Städte und Ortschaften in Deutschland und Europa, wenn sie künftig von weniger Menschen bewohnt werden, unter denen sich viele Alte befinden, die Bevölkerungen ethnisch, kulturell und sozial immer heterogener werden und ihre Wirtschafts- und Finanzkraft sinkt? Was bedeutet dies darüber hinaus für die individuelle Lebenszufriedenheit, die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit und nicht zuletzt die demokratische Verfasstheit der Bevölkerungen früh industrialisierter Länder? Dabei ist insbesondere letzteres von großer Bedeutung. Konkret: Hängt der Bestand der Demokratie von ständiger (materieller) Expansion ab? Mit anderen Worten ist die Demokratie eine Schönwetterverfassung, die allenfalls Krisen, nicht aber Paradigmenwechsel überdauert?

## 2. Neue Herausforderungen für Städte und Gemeinden

*Wird die Kontraktionsthese des Denkwerks Zukunft geteilt?*

Die im Memorandum "Lebenswerte Städte unter Bedingungen sinkenden materiellen Wohlstands"<sup>1</sup> des Denkwerks Zukunft vertretene Auffassung, wonach viele Städte und Gemeinden nach langer Expansion in eine Phase der demographischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kontraktion eintreten werden, wird von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer geteilt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass es zwar auch künftig Wachstum geben wird, doch wird Anderes wachsen als die Summe aller in einem Zeitraum erwirtschafteten Güter und Dienste - das Bruttoinlandsprodukt. So könne beispielsweise die Lebensqualität trotz rückläufigen materiellen Wohlstands steigen.

Einige Teilnehmer sind der Auffassung, dass sich die Kontraktion auf die Bevölkerungsentwicklung beschränken wird. Die Wirtschaftskraft kann hingegen bei einer Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen weiter zunehmen.

Zur demographischen Schrumpfung wird ergänzt, dass es auch künftig innerhalb einer Region Städte mit wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben wird. Gleiches gilt für Städte, in denen wachsende und schrumpfende Stadtviertel nebeneinander existieren werden. Neu ist, dass sich dies nicht länger vor dem Hintergrund insgesamt wachsender Bevölkerungszahlen und Wirtschaftsaktivitäten vollziehen wird, sondern dass Metropolen wie Hamburg auf Kosten der umliegenden Landkreise wachsen werden. Dies birgt Konfliktpotential unter den Gemeinden.

*Welche Aspekte sollten noch in das Memorandum aufgenommen werden?*

- *Einfluss von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) auf die Stadtentwicklung*

IKT werden die Stadtentwicklung künftig noch stärker beeinflussen, da sie in allen Lebensbereichen mittlerweile eine große Rolle spielen. Zum einen setzt der wachsende Online-Konsum (E-Commerce) den innerstädtischen Einzelhandel unter Druck mit der möglichen Folge, dass sich die Versorgungsstrukturen in wirtschaftlich schwachen Stadtteilzentren weiter verschlechtern. Auch könnte der wachsende Lieferverkehr dazu führen, dass die Verkehrsströme nicht ab-, sondern möglicherweise sogar zunehmen und somit auto-gerechte Strukturen erhalten bleiben. Zum anderen können sich Bürger durch neue Beteiligungsformen im Internet (E-Governance) intensiver am po-

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Memo-Stadt-Finalversion27-08-2012.pdf>

litischen Geschehen der Kommune beteiligen und möglicherweise mit ihr stärker identifizieren. Generell besteht allerdings noch erheblicher Forschungsbedarf, wie die zunehmende Durchdringung der Wirtschafts- und Lebensbereiche durch IKT auf die Struktur der Städte wirkt.

- *Entpolitisierung der Kommunen*

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist durch die bestehende Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen - insbesondere durch die Befrachtung der Kommunen mit sozialen Folgekosten des Strukturwandels - erheblich eingeschränkt. Die Kommune ist mehr und mehr auf eine Bittstellerrolle reduziert. Auch die Wirtschaft befindet sich gegenüber der Kommune zunehmend in einer Machtposition: Kommunen sind auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen. Deshalb kommen sie Unternehmen in vielen Bereichen entgegen, um diese zum Verbleib in der Gemeinde zu bewegen.

### **3. Maßnahmen für lebenswerte Städte**

Die Teilnehmer befinden die vom Denkwerk Zukunft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit von Städten und Gemeinden unter Bedingungen stagnierenden bzw. sinkenden materiellen Wohlstands im Großen und Ganzen für gut. Nach ihrer Auffassung sollten jedoch einige Maßnahmen stärker akzentuiert werden:

*Bewusstsein für immaterielle Wohlstandsformen schaffen*

Die bestehenden autogerechten und weitläufigen Stadtstrukturen gründen auf der Verfügbarkeit vergleichsweise billiger fossiler Brennstoffe und steigenden materiellen Wohlstands. Beides dürfte künftig nicht mehr im gewohnten Maße gegeben sein. Um drohende soziale Spannungen zu vermeiden, sollte der Bevölkerung bewusst gemacht werden, dass individuelle Zufriedenheit und Wohlbefinden auch aus immateriellen Wohlstandsquellen wie saubere Luft, intakte Umwelt, ästhetisch gebaute Städte oder die fußläufige Erreichbarkeit wichtiger Versorgungseinrichtungen erwachsen können.

*Städte und ihre Bewohner gezielt auf den demographischen Wandel vorbereiten*

Um trotz der Verschiebung des Altersgefüges die Lebensqualität von Städten zu erhalten, muss u.a. die Versorgung hoch betagter Menschen gewährleistet werden. Darüber hinaus müssen junge Alte, die häufig über Zeit und finanzielle Mittel verfügen, dafür gewonnen werden, sich in ihrer Kommune zu engagieren.

Schließlich müssen auch in zahlenmäßig schrumpfenden Städten und Gemeinden ausreichende Bildungsmöglichkeiten erhalten werden, um insbesondere Eltern zu signalisieren, dass sie in der Kommune erwünscht sind.

Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, künftige städtebauliche Maßnahmen - wie in manchen Kommunen bereits der Fall - auf ihre Wirkungen auf Demographie, Klimawandel und Energieversorgung hin zu überprüfen.

#### *Flexible und nachhaltige Stadtstrukturen schaffen*

Flexible und nachhaltige Stadtstrukturen müssen - den Teilnehmern zufolge - kein Widerspruch sein, wenn die Primärstruktur der Bauwerke einfach und nicht technisch überfrachtet wird und diese vielfältig nutzbar sind.

Hierzu stellt Henrike Gänß in ihrem Statement<sup>2</sup> das Ergebnis einer Studie vor. Darin wurden bundestypische Probleme des demographischen Wandels für Städte und Gemeinden beispielhaft für die Gemeinde Wald (BW) gelöst. Durch die Umnutzung stehender Busse, die aufgrund des rückläufigen öffentlichen Verkehrs nicht mehr benötigt werden, kann die Nahversorgung von Älteren mit lokalen Produkten gewährleistet und der Dorfkern erfolgreich wiederbelebt werden.

#### *Kooperationen innerhalb und zwischen Kommunen fördern*

Damit Städte und Gemeinden die vielfältigen demographischen, klimatischen und energetischen Herausforderungen meistern können, sollten sie stärker mit Bürgern, Unternehmen, Verbänden, Kirchen, Vereinen oder Bildungseinrichtungen aber auch mit anderen Kommunen kooperieren.

#### *Kommunales Steuersystem reformieren*

Bei der Finanzierung kommunaler Aufgaben sollte neben der konsequenten Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips<sup>3</sup> eine engere Verbindung zwischen Zahlern und Nutzern hergestellt werden. Wenn kommunale Leistungen mit merklichen Finanzierungsbeiträgen beispielsweise durch direkte kommunale Steuern mit Hebesatzrecht und/oder Gebühren verknüpft sind, entwickeln Bürger Kostenbewusstsein. Allerdings sollte ihnen bei der Verwendung kommunaler Mittel ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden.

---

<sup>2</sup> Vgl. [www.denkwerkzukunft.de/downloads/gaenss-23-01-2013.pdf](http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/gaenss-23-01-2013.pdf)

<sup>3</sup> Das Konnexitätsprinzip ist eine "verfassungsrechtliche und finanzwissenschaftliche Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet ("wer bestellt, bezahlt")" (Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/konnexitaetsprinzip.html>).

#### 4. Höherer Stellenwert für ästhetisches Bauen

Die Teilnehmer unterstützen die Auffassung des Denkwerks Zukunft, dass Ästhetik in der Stadtentwicklung eine bedeutendere Rolle spielen sollte. Allerdings gibt es Christa Reicher in ihrer Einführung zufolge für ästhetische Gebäude und Stadtteile keine Norm bzw. keinen allgemeingültigen Kanon.<sup>4</sup>

Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, dass Ästhetik in der Alltagspraxis lediglich eine geringe Rolle spielt. Die Gewöhnung der Menschen an ihre Umgebung oder die historische Bedeutung von Gebäuden und Orten prägen die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt oft ebenso stark wie deren Ästhetik.

##### *Ästhetik für demographisch und finanziell schrumpfende Städte entwickeln*

Was in neuerer Zeit als ästhetisch und damit schön empfunden wird, ist in der Regel mit hohem materiellem Aufwand entstanden. Künftig muss hingegen eine "Ästhetik der Sparsamkeit" entwickelt werden. Bisher wurden schrumpfende Städte allerdings nicht als attraktiv wahrgenommen. Im Architekturdiskurs beispielsweise nehmen reparieren oder um- und rückbauen einen geringen Stellenwert ein. Häufig herrscht an Architektur- und Planungsschulen die Vorstellung vor, dass Neues dem Alten generell überlegen sei. Nach Auffassung der Teilnehmer ist es durchaus möglich, Um- und Rückbau ästhetisch ansprechend zu gestalten.

##### *Verbindung zwischen Ästhetik und Nachhaltigkeit bewusst machen*

Grundsätzlich besteht einigen Teilnehmern zufolge eine enge Verbindung zwischen Ästhetik und Nachhaltigkeit. Ästhetik sei das "Erfolgsrezept der Natur". Vernachlässige die Gesellschaft ästhetische Aspekte, gehe zugleich die Kultur der Nachhaltigkeit verloren. Konzentriere sie sich dagegen bei der Gestaltung der Städte auf Nachhaltigkeit, werde indirekt auch Ästhetik zum Gestaltungskriterium. Einige Teilnehmer wenden jedoch ein, dass Ästhetik unter Bedingungen der Kontraktion lediglich ein "Zubrot" sei. Die Herausforderungen der Zukunft könnten nur bewältigt werden, wenn sich Städte und Gemeinden auf Nachhaltigkeit konzentrierten.

##### *Ästhetik als wissenschaftliche Disziplin in die Stadtentwicklung integrieren*

Als wissenschaftliche Disziplin wird Ästhetik heute vernachlässigt. Dabei kann sie einen intersubjektiven Rahmen vorgeben, innerhalb dessen Begriffe wie Schönheit und Ästhetik diskutiert werden können. Allerdings ist klärungsbedürf-

---

<sup>4</sup> Vgl. [www.denkwerkzukunft.de/downloads/reicher-23-01-2013.pdf](http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/reicher-23-01-2013.pdf)



tig, auf welche Weise Ästhetik als wissenschaftliche Disziplin künftig in die Stadtentwicklung integriert werden kann.

#### *Bewusstsein und Gespür für Ästhetik schulen*

Mithilfe von Kategorien wie Maßstäblichkeit oder Ebenmäßigkeit bzw. Harmonie kann in der Bevölkerung ein Bewusstsein für Ästhetik geschaffen und deren Wahrnehmung geschult werden. Hierzu gehört beispielsweise die Erkenntnis, dass Gebäude nicht ausschließlich funktionalen Kriterien genügen müssen. Zudem sollte der Zusammenhang zwischen ästhetischem Bauen und Wohlbefinden aufgezeigt werden.

#### *Stadtästhetik durch klare Regeln fördern*

Die Anmutung von Städten, Stadtteilen oder öffentlichen Räumen wird erheblich dadurch bestimmt, dass sich die Gebäude in eine bestimmte Stadtstruktur einfügen und auf diese Weise ein harmonisches Ganzes entsteht. So entsteht beispielsweise durch eine ästhetisch geschlossene Bebauung häufig eine Atmosphäre, in der sich Bürger wohl fühlen. Deshalb sollte nicht so sehr auf die Ästhetik der einzelnen Gebäude als vielmehr des städtebaulichen Ensembles geachtet werden.

#### *Ein- und Zweifamilienhäuser ästhetisch gestalten*

Gerade bei der am häufigsten nachgefragten Wohnform, dem Ein- und Zweifamilienhaus, findet bisher weder auf der Anbieter- noch auf der Nachfragerseite eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ästhetischen Kriterien statt. Stattdessen wurden vor allem Reihenhäuser gebaut und verkauft, die mit einfachen architektonischen Mitteln und ohne ästhetischen Anspruch errichtet wurden. Ursächlich hierfür war u.a. die Knappheit von Wohnraum. Aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahlen dürfte sich allerdings der Markt von einem Anbieter- zu einem Käufermarkt wandeln. Damit könnten ästhetische Aspekte bedeutsamer werden - vorausgesetzt, dass die Bevölkerung ihnen künftig einen höheren Stellenwert einräumt.

## **5. Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligung der Bürger an Stadtentwicklung und -planung**

Trotz vieler positiver Beispiele liegen die Potentiale der Bürger vielerorts brach. Dies gilt sowohl für deren Möglichkeiten, öffentliche Aufgaben zu übernehmen als auch für die Beteiligung der Bürger an städtebaulichen Entscheidungen.

### *Aufgaben zwischen Bürgern und Kommunen anders verteilen*

In den letzten Jahrzehnten zog die öffentliche Hand auf kommunaler Ebene viele Aufgaben an sich. Ursächlich hierfür ist u.a. das wachsende Regelungs- und Kontrollbedürfnis von Politik und Verwaltung. Dem wird in der Regel von den Bürgern zu wenig entgegengesetzt. Sie haben sich mit der umfassenden Versorgung durch den Staat vielfach arrangiert.

Zwar dürfte der Rückgang von Bevölkerungszahlen und öffentlichen Mitteln dazu beitragen, dass die öffentlichen Verwaltungen Bürger stärker einbinden werden. Doch müssten sie hierfür ihre Angst vor Kontrollverlust überwinden und sich eingestehen, dass sie bestimmte Aufgaben ohne Mitwirkung der Bürger nicht mehr erfüllen können.

Trotzdem besteht erheblicher Klärungsbedarf, auf welche Aufgaben sich Staat und Kommunen künftig beschränken und welche Aufgaben den Bürgern übertragen werden sollen. Wie Tobias Robischon von der Schader-Stiftung in seiner Einführung erläutert, sind nicht alle Aufgaben ohne Weiteres übertragbar. So verfügten Politik und kommunale Verwaltung bei vielen Aufgaben gegenüber den Bürgern über "Wissens- und Professionalisierungsvorsprünge". Oft fehlten den Bürgern auch die Vorstellung davon, was kommunale Aufgaben wie das Betreiben eines Museums kosten. Bisher fände bürgerschaftliches Engagement meist in Sport- oder Kulturvereinen statt. Um dieses Engagement im politischen Bereich wirksam werden zu lassen, müssten entsprechende Strukturen geschaffen werden. Wertvolle Hinweise hierzu könnten erfolgreiche Bürgerprojekte liefern.

Ob durch mehr bürgerschaftliches Engagement öffentliche Mittel gespart werden könnten, bleibt offen. Häufig hat die Kommune selbst dann noch hohe Fixkosten zu tragen, wenn Bürger den laufenden Betrieb beispielsweise eines Hallenbades organisieren. Zudem müssen häufig "Stützstrukturen" geschaffen werden, um Bürgern die nötige Unterstützung zur Verfügung zu stellen sowie um ein gewünschtes Angebot aufrechterhalten zu können, wenn Bürger sich nach einiger Zeit des Engagements wieder zurückziehen. Ferner benötigen Bürger bei ihrem Engagement häufig professionelle Beratung durch die Kommune.

Dem wird entgegnet, dass die genannten Vorbehalte gegen stärkeres bürgerschaftliches Engagement Ausdruck traditionellen Denkens seien. Dadurch würde erhebliches Potenzial der Bürger nicht abgerufen. Durch bürgerschaftliches Engagement könnten nicht nur Kosten gespart, sondern auch die Identifikation der Bürger mit ihrer Kommune und der Demokratie insgesamt gestärkt werden.

### *Bürger an der Vorbereitung städtebaulicher Entscheidungen regelmäßig beteiligen*

In vielen Kommunen können sich Bürger bereits heute über öffentliche Foren oder IKT an der städtebaulichen Entscheidungsfindung der Kommunen beteiligen. Auch wenn die Entscheidungen anschließend in der Regel von den gewählten kommunalen Gremien getroffen werden, ist doch sichergestellt, dass das teilweise erhebliche Wissen und Können von Bürgern abgerufen und die Bedürfnisse der Bürger bei der Planung berücksichtigt werden. Problematisch ist allerdings, dass sich vornehmlich bildungsnahe Bevölkerungsgruppen an solchen Entscheidungsprozessen beteiligen. Dadurch werden Bedürfnisse beispielsweise bildungsferner Bevölkerungsgruppen häufig nicht wahrgenommen. Deswegen sollte die Kommune gezielt auf letztere zugehen.

Entscheidend ist ferner, dass die anschließenden Entscheidungsprozesse transparent sind und die Vorschläge der Bürger möglichst planungsrechtlich verankert werden.

## **6. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Kommune**

Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, plädiert in seiner Einführung dafür, der schleichenden Entpolitisierung der Kommunen Einhalt zu gebieten und die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken. Seit den 1960er Jahren sei der Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Kommunen durch Vorgaben und Zwänge überlokaler Politik systematisch eingeschränkt worden. So seien freiwillige Aufgaben der Kommunen und Kreise in gesetzliche Pflichtaufgaben umgewandelt worden, die in der Durchführung bis ins Detail gesetzlich reglementiert wurden. Beispiele hierfür seien die Bauleitplanung, die Abwasser- und Abfallbeseitigung oder das Kindergartenwesen. Zudem seien den Kommunen zusätzliche hauptsächlich sozialpolitische Aufgaben übertragen worden, ohne dass sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet worden wären. In der Stadt Pirmasens beispielsweise machten die Sozialausgaben mittlerweile 81 Prozent des Haushalts aus. Damit seien Kommunen nur noch eingeschränkt zur Selbstverwaltung fähig.

### *Kommunale Selbstverwaltung stärken*

Nicht zuletzt um die veränderten demographischen, ökologischen und finanziellen Herausforderungen meistern zu können, muss die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt werden. Dazu muss die Kommune vor allem von Sozialkosten entlastet werden. Ferner muss die Verteilung und Finanzierung von

Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen klar geregelt sein. Nur so kann die Kommune aus der Rolle des Bittstellers heraustreten und von einer staatlichen Verteilungsagentur zu einer "Agentur der Bürgergesellschaft" werden.

Hierbei muss sie allerdings von den Bürgern aktiv unterstützt werden. Diese müssen sich gegen die Entpolitisierung der Kommunen wehren, da sonst auch ihre stärkere Mitwirkung an städtebaulichen Aufgaben und Entscheidungen gefährdet ist.

## **7. Weitere Verwendung des Memorandums des Denkwerks Zukunft**

Die Teilnehmer sind sich darüber einig, dass die erheblichen Herausforderungen, vor denen Kommunen und ihre Bürger künftig stehen, allen Beteiligten noch klarer vermittelt werden sollten. Hierzu könnte das Memorandum des Denkwerks Zukunft als Grundlage dienen. Deshalb sollte es einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und mit verschiedenen Zielgruppen diskutiert werden.

Dabei sollte das Denkwerk Zukunft einen so genannten bottom-up Ansatz wählen. Die Bewusstseinsbildung sollte auf der unteren Verwaltungsebene, das heißt in den Städten und Gemeinden sowie bei den Bürgern ansetzen. Anschließend sollten die Ergebnisse des Memorandums Entscheidungsträgern in Berlin und Brüssel vermittelt werden.